

Der Anteil von CMA-Mitgliedern bei den Wahlen zu den Distriktparlamenten hat sich in 2006 gegenüber 2004 von 45 auf 96<sup>12</sup> mehr als verdoppelt. Erfreulich dabei ist, dass davon 81 gewählt und nur 15 ernannt wurden (30 Prozent der Mitglieder werden vom Präsidenten ernannt).

Entsprechend haben sich die Inhalte des Programms geändert. Nachdem anfangs die Erlangung eines Mandats die größte Rolle bei der inhaltlichen Gestaltung der Trainingsmaßnahmen gespielt hat, werden sie jetzt stärker auf die tagespolitische Arbeit in den Lokalparlamenten ausgerichtet. Dadurch sollen die Chancen erhöht werden, dass die Parlamentarierinnen auch tatsächlich aktiv an der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes auf Lokalebene mitwirken können.

### Entwicklungspolitischer Kontext

CMA agiert unter der Dachorganisation für Frauenorganisationen in Ghana (seit 1975), dem *National Council on Women and Development* (NCWD). Damit ist eine hohe Einbindung in den entwicklungspolitischen Kontext Ghanas gegeben. Die Bedeutung des NCWD wurde allerdings Mitte der 1980er Jahre in den Hintergrund gedrängt, als die Frauenbewegung *31<sup>st</sup> December Women's Movement* der damaligen First Lady Nana Konadu Agyeman Rawlings auf den Plan trat, die die öffentliche Diskussion für eineinhalb Jahrzehnte dominierte. Seit im Jahr 2001 eine neue Regierung unter der früheren Oppositionspartei NPP an die Macht gelangte, fiel diese Frauengruppe in die politische Bedeutungslosigkeit zurück.

Im Jahr 2001 unterstrich die NPP-Regierung die besondere politische Bedeutung der Frauenförderung mit der Bildung eines eigenen Frauenministeriums (*Ministry of Women and Children's Affairs*). Hierbei wurde der Schwerpunkt aber wieder wie früher schon auf speziell auf Frauen zugeschnittene Programme (Zielgruppenansatz) gelegt, ohne die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Frauen systematisch benachteiligt werden, zu thematisieren. Damit hat auch die NPP-Regierung die Chance vertan, eine Genderpolitik zu entwickeln, die die Benachteiligung der Frauen in ihrem strukturell-gesellschaftlichen Kontext analysiert, bewertet und deren Überwindung institutionalisiert.<sup>13</sup>

Wie anderswo ist auch in Ghana der entwicklungspolitische Kontext von Frauenförderung nicht nur inhaltlich begründet, sondern oft Modefragen unterworfen. In der Anfangsphase wurden Frauen in den Förderansätzen konzeptionell als „Opfer“ gesehen, die Sozial-

hilfe brauchen.<sup>14</sup> Ende der 1980er Jahre wurde auch in Ghana erkannt, dass allgemeine Armutsreduzierungsprogramme die Probleme benachteiligter Frauen nicht wirksam lösen können. In der Folgezeit wurden Frauen jetzt konzeptionell als „Subjekte“ des Entwicklungsprozesses gesehen. Oft wurden arme Frauen sogar Opfer von Entwicklungsmaßnahmen, indem beispielsweise ihre Arbeitsbelastung erhöht wurde, ihnen entsprechende Anerkennung oder gar Entscheidungsbefugnisse aber vorenthalten wurden.<sup>15</sup>

Allen Ansätzen war allerdings gemein, dass sich die Lage der Frauen, vor allem der benachteiligten unter ihnen, nicht nachhaltig verbesserte. Grund hierfür war häufig, dass „neue Begriffe und Strategien als alter Wein in neuen Schläuchen“ verkauft wurden. Nicht selten hat man den Eindruck, entwicklungspolitische Verfahren und Methoden seien wichtiger als die Forderung danach, dass die Menschen, in diesem Fall die Frauen, in den Entwicklungsländern ihr eigenes Schicksal in die Hände nehmen müssen. Das vom Norden geprägte Eigentümerschaft-Paradigma muss endlich ernst genommen werden und nicht nur als wohlfeiler Slogan dienen.<sup>16</sup>

*Text: Klaus D. Loetzer*

*Kontakt: KAS-Auslandsbüro Ghana*

*Auslandsmitarbeiter: Klaus D. Loetzer  
kafghana@4u.com.gh*

## 2.8. ISRAEL

### Ausgangsbedingungen

Seit der Gründung des Staates Israel wurden verschiedene Gesetze, welche die Gleichstellung von Frauen und Männern garantieren, verabschiedet. Insbesondere seit den 1970er Jahren konnte eine deutliche Verbesserung der Stellung der Frauen in der israelischen Gesellschaft verzeichnet werden. Große Fortschritte in der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sind den zahlreichen aktiven Frauenorganisationen zu verdanken, welche sich für eine frauenfreundliche Gesetzgebung einsetzen aber auch zum Schutz vor Misshandlung und Missbrauch Frauenhäuser einrichteten. Das gewachsene Bewusstsein für den Schaden, welche Reklame und Werbung für den Status von Frauen anrichten, führte in den letzten Jahren zu erhöhter öffentlicher Kritik. Probleme wie sexueller Missbrauch, fehlende Gleichberechtigung und Diskriminierung, die in der Vergangenheit tabuisiert wurden, werden nun immer öfter öffentlich thematisiert.

Trotz alledem ist das Problem der Ungleichheit noch aktuell. Heute sind ca. 53 Prozent der israelischen Frauen berufstätig, während 47 Prozent Hausfrauen und Mütter ohne Arbeitslohn sind. Oftmals stellen arbeitende Frauen eher Randfiguren in den meisten Bereichen der Arbeitswelt dar, allerdings dominiert ihre Zahl im Mindestlohnsektor. Zudem sind Frauen oft nur als Teilzeitkraft beschäftigt. In höheren und Führungspositionen insbesondere im Hightech-Bereich, in Marketing und Forschung sind weibliche Angestellte stark unterrepräsentiert. Auch der akademische Bereich wird von Männern dominiert. Generell lassen folgende Zahlen erkennen, dass mit steigender Position die Anzahl der weiblichen Beschäftigten abnimmt: So sind nur 11,9 Prozent aller Vollzeitprofessoren weiblich. Ähnlich im Medienbereich, wo nur 23 Prozent der Journalisten Frauen sind. Bezeichnend ist auch, dass Journalistinnen primär aus den Bereichen, die als „Frauenthemen“ gelten, berichten.



Hinsichtlich der Beschäftigung von Frauen in der Politik, zum Beispiel die Anzahl der weiblichen Abgeordneten im Parlament, belegt Israel im internationalen Vergleich Platz 78 mit 14 Prozent weiblichen Parlamentariern. Der Prozentsatz weiblicher Minister liegt momentan bei elf Prozent, während in vielen demokratischen Ländern mindestens ein Drittel der Ministerämter von Frauen bekleidet werden. Das Amt des Bürgermeisters wird schon immer vorwiegend vom männlichen Geschlecht besetzt. Im Militärsektor sind ca. 88 Prozent aller Positionen für Frauen zugänglich. Dennoch werden lediglich 60 Prozent dieser Stellen von Frauen besetzt. Hauptsächlich arbeiten Frauen im administrativen Bereich und gehen Büro-tätigkeiten nach – so ist etwa jede siebte Soldatin in der Verwaltung beschäftigt. Prozentual stärker als Männer sind Frauen lediglich im juristischen Bereich vertreten.<sup>17</sup>

Die vergleichsweise geringere Beschäftigung von Frauen hat zur Folge, dass sie den größten Anteil der israelischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze ausmachen und gleichzeitig den größten Anteil unter denjenigen, die staatliche Unterstützung erhalten. Seit 1967 liegt der Durchschnittslohn von Frauen bei zwei Drittel des Durchschnittsgehalts von Männern. Frauen leiden stärker als Männer unter Armut, Diskriminierung am Arbeitsplatz, schwierigen Arbeitsbedingungen, niedrigen Gehältern und schlechter Gesundheit. Ebenfalls muss erwähnt werden, dass auch unter den Frauen eine Ungleichheit besteht. Arabische, sephardische und ultrareligiöse Frauen befinden sich oftmals benachteiligt.

### Projektbeispiel

Fester Bestandteil der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung Israel ist die beinahe 20-jährige Kooperation mit den Partnern IWN und JAZ (CJAED), bei denen es sich um überparteiliche NRO handelt. Ziel der Aktivitäten und der Projekte der NRO und der KAS ist es, den Status der Frauen zu verbessern, ihre Rechte zu verteidigen und Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Lebensbereichen – wie Politik, Gesellschaft und Wirtschaft – zu verwirklichen.

Der kontinuierlichen Bildungs- und Erziehungsarbeit mit IWN – *Israel Women's Network* – ist es zu verdanken, dass der Anteil der Frauen in der Knesset, in der Regierung, in den Kommunalräten und unter den Bürgermeistern heute höher ist denn je.

Zusammen mit der IWN führt die KAS Leadership-Kurse durch. Sie bereiten Frauen auf verschiedene Führungsrollen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vor und tragen damit zu höheren Erfolgchancen deutlich bei. So haben fast alle weiblichen Knesset-Abgeordneten an einem der KAS/IWN-Leadership-Kurse teilgenommen. Der Frauenanteil in der Knesset hat sich damit von neun Frauen in den Jahren zwischen 1996 und 1999 auf heute 18 Frauen erhöht. Während in der Regierung von Premierminister Netanyahu (1996-1999) nur 6,3 Prozent der Minister Frauen waren, sind es unter der heutigen Regierung von Premierminister Ehud Olmert bereits elf Prozent. In den letzten Jahren baute die KAS zusammen mit dem IWN die Kurse weiter aus, sodass nun auch arabisch-israelische Frauen gefördert werden können. Gemeinsam besuchen jüdisch- und arabisch-israelische Frauen die Lehrgänge, um sich die möglichen Instrumente für die Durchsetzung ihrer Interessen auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene anzueignen. Zudem fördern diese „Koexistenz-Kurse“ die Zusammenarbeit und den kulturellen Austausch ara-

bischer und jüdischer Frauen. Die Grundlage einer zukünftigen gewinnbringenden Zusammenarbeit wird somit geschaffen. Erste positive Wirkungen, nämlich der steigende Einfluss von Frauen, sind bereits heute sichtbar.

Vor fünf Jahren wurde ein von dem IWN mit Unterstützung der KAS initiiertes Kommunalforum gegründet, welches jene Frauen fördert, die in die kommunalen Vertretungen von Städten und Dörfern gewählt wurden. Das Forum soll außerdem weitere Frauen dazu animieren, eine aktive Rolle in der Kommunalpolitik zu spielen. Vorträge von Knesset-Abgeordneten, erfahrenen Politikern und Experten, unter ihnen viele Frauen aber auch Männer, wie der Vorsitzender des Ausschusses für den Status der Frauen in Israel in der Knesset, ermöglichen den Kommunalpolitikerinnen einen regen Erfahrungs- und Informationsaustausch zu Themen wie aktuelle Gesetzgebung, Vertretung der Interessen von Frauen und Wahlkampfgestaltung. Potentiellen Kandidatinnen (Kursteilnehmerinnen, die eine Kandidatur für Kommunalwahlen planen) werden der Mechanismus des innerparteilichen Auswahlverfahrens, die wichtigsten Gesetze und Regelungen des Kommunalwahlrechts sowie die Rechte und Pflichten von Gemeinde- und Stadträten vermittelt.

IWN ist als Lobbyorganisation in der Knesset registriert und wird von allen demokratischen Parteien (mit Ausnahme der religiösen) anerkannt und hochgeschätzt. Somit war es dem IWN möglich, bereits mehrere Gesetzesentwürfe mit Unterstützung von Abgeordneten einzubringen sowie Gesetze zur Verbesserung des Status der Frauen in Israel erfolgreich zu fördern. So konnte zum Beispiel ein Gesetz verabschiedet werden, welches die Berücksichtigung von Bewerberinnen, insbesondere für höhere Ämter, in staatlichen Betrieben vorschreibt. Insgesamt umfasst das IWN heute ca. 1.500 Mitglieder, unter ihnen ein Großteil der weiblichen Knesset-Abgeordneten.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in der Zusammenarbeit der KAS mit dem IWN ist die Ausbildung und Vorbereitung von Beratern der kostenlosen IWN-Hotline für Frauen. In speziellen Kursen werden die ehrenamtlichen Berater darauf vorbereitet, auf Probleme wie geschlechtsspezifische Diskriminierung oder sexuelle Belästigung zu reagieren und Hilfestellung zu geben. Die Hotline hilft Anrufern – vor allem jenen, denen es an rechtlichem Wissen oder Geld fehlt – mit Rechtsbeistand, Unterstützung und nötigenfalls Intervention. Das IWN-Team stärkt Frauen, indem es Anruferinnen Informationen über ihre gesetzlichen Rechte liefert und berät, wie am besten mit der jeweiligen Situation umgegangen werden sollte. Konkrete Rechtsberatung,



auch vor Gericht, wird von ausgebildeten Rechtsanwältinnen geleistet, die beim IWN angestellt sind. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter, die die speziellen Kurse des IWN absolviert haben, sind an drei Tagen der Woche in den Abendstunden für Frauen erreichbar.

Mit ihrem Partner JAZ, dem jüdisch-arabischen Zentrum für wirtschaftliche Entwicklung (CJAED), engagiert sich die KAS dafür, die wirtschaftliche Situation von Frauen in der Gesellschaft zu stärken, insbesondere mit aktiver Unterstützung von Unternehmensgründungen. Speziell für arabisch-stämmige Israelinnen werden seit Jahren Existenzgründungskurse angeboten. Denn gerade in der arabischen Bevölkerung mit immer noch vorwiegend patriarchalischen Strukturen gibt es ein starkes Gefälle zwischen der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern. Im Vergleich zu der weiblichen jüdischen Bevölkerung ist die Beteiligung am Arbeitsmarkt wesentlich geringer: Während bei den jüdischen Frauen 56,2 Prozent berufstätig sind, sind es gerade mal 19,1 Prozent auf arabischer Seite.<sup>18</sup> Eine stabile und erfolgreiche israelische Wirtschaft und Gesellschaft wird sich auf lange Sicht nur dann entwickeln können, wenn die arabische Minderheit, die heute bereits ein Fünftel der Bevölkerung ausmacht, sich an das wirtschaftliche Niveau der übrigen Bevölkerung annähert. Um dieses Ziel zu erreichen ist es unabdingbar, dass auch die arabischen Frauen in den Arbeitsmarkt eingebunden werden.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass für Frauen, die in kleinen Ortschaften leben, die Gründung eines eigenen Unternehmens einer der besten Wege in die Berufstätigkeit ist. Eine Arbeitsstelle außerhalb des eigenen Dorfes kommt oft nicht in Frage, weil zusätzlich Kosten und Zeit für den längeren Arbeitsweg anfallen und sie eine Belastung für das Familienleben darstellt. Mit beruflicher Selbständigkeit können Frauen entscheidend zum Lebensunterhalt ihrer Familien beitragen und gleichzeitig familiären Pflichten nachkommen.

Um den Frauen diese Möglichkeiten zu verdeutlichen, werden von der JAZ und der KAS zunächst Einführungskurse angeboten, um die Vorteile eines eigenen

Unternehmensinteressierten Frauen näher zu bringen. In darauf folgenden Kursen wird den Frauen konkret geholfen, ein Unternehmen zu gründen. Der Inhalt der Kurse reicht von der Beratung zu den verschiedenen Geschäftsbereichen über juristische und buchhalterische Weiterbildung bis hin zur Hilfe, ein Darlehen zum Unternehmensstart zu erhalten.

Die gegründeten Unternehmen decken Bereiche wie Lebensmittel, Bekleidung und Kosmetik ab. So schlossen sich beispielsweise mehrere Frauen zusammen, um ein Unternehmen aufzubauen, das Gurken verarbeitet und sein Produkt nun erfolgreich in der Region vertreibt. Eine andere Frau gründete ein Perlengeschäft, welches unter anderem auch Kurse zum Herstellen von Schmuck anbietet und damit bereits weitere Frauen dazu anregte, Schmuck zu entwerfen. So schlossen sich diese Unternehmerinnen auch zu einem Vertrieb zusammen, der Friseurläden unterhält und Hochzeitskleider entwirft. Der Multiplikationsfaktor ist hier deutlich zu erkennen und unterstreicht die sichtbar erzielten Erfolge.



Ein weiterer Multiplikationsfaktor stellt auch die alljährliche *National Conference of Business Women in Israel* dar, bei welcher ca. 200 Unternehmerinnen miteinander in Kontakt kommen. Ziel ist es auch, weitere Frauen zur Unternehmungsgründung zu motivieren. Diese bereits zu einer festen Institution gewordene Veranstaltung für jüdische und arabische Unternehmerinnen jährt sich 2008 zum zehnten Mal. Auf der Konferenz präsentieren erfolgreiche Geschäftsfrauen ihre Unternehmen, knüpfen neue Kontakte und tauschen sich über ihre Erfahrungen aus. Insbesondere dient diese Konferenz jedoch der Weiterbildung zu aktuellen Themen und zur derzeitigen Gesetzeslage.

Im Zuge dieser Arbeit kristallisierte sich die Notwendigkeit eines umfassenden, gemeinsamen jüdisch-arabischen Netzwerkes heraus. Anhand von Umfragen konnten die Bereiche mit dem größten Handlungsbedarf identifiziert werden. So wurde schließlich 2006 „Jasmine – Verband der Geschäftsfrauen in Israel“ von der JAZ gegründet, welcher inzwischen 800 klein- und mittelständische Unternehmen umfasst, die von Frauen geführt werden. Dieser nationale Unternehmerinnenverband vertritt lokale und internationale Interessen, nimmt Lobbyfunktionen wahr durch das Vorantreiben von Gesetzen, die Frauen bei der Gründung eigener Unternehmen unterstützen, entwirft Handbücher zur Unternehmensführung, die speziell für Frauen zugeschnitten sind und bietet diverse Dienstleistungen an: Beratung im Marketingbereich, rechtliche und auch finanzielle Unterstützung durch Vermittlung von Krediten. In Kürze soll auch ein Jasmine-Internetportal eröffnet werden. Jasmine wurde 2006 von *Ynet*, der Internetausgabe der auflagenstärksten Tageszeitung in Israel *Yediot Haahronot*, als eines der „Top 12 social projects“ in Israel ausgezeichnet.

### Entwicklungspolitischer Kontext

Generell unterstützt der Staat Israel alle zentralen Verträge und Erklärungen der UN bezüglich der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und hat sich dazu verpflichtet, diese zu fördern. So forderte zum Beispiel die Frauen-Konvention in Nairobi von den UN-Staaten (inklusive Israel), einen Bericht über den Status der Frauen zu erarbeiten. Daraufhin errichtete der damalige Premierminister Rabin ein Komitee für die Festlegung des Status von Frauen in Israel. Nach zwei Jahren Arbeit hat das Komitee 248 Empfehlungen zur Verbesserung der Stellung von Frauen vorgelegt. Der Bericht des Komitees deckte tiefgreifende Unterschiede in der Lage von Frauen und Männern in verschiedenen Bereichen des Lebens auf. Der einzige Bereich, in dem es jedoch keinen Bericht zur Feststellung des Frauenstatus gibt, war das religiöse Rechtssystem.

Nicht allen Empfehlungen konnte bis heute nachgekommen werden. Daraus resultiert die Gründung einer Reihe von feministischen Organisationen, welche gegen Armut, schädigende Werbung und politische und ökonomische Ungleichheit ankämpfen. Unter anderem gehören auch IWN und JAZ zu diesen aktiven Organisationen.

Das positive Resultat jener Arbeit, ist das 1980 verabschiedete Gesetz zur Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt. Zudem wurden „Frauen“ und „Geschlechter“ – Studien- und Forschungsprogramme



in den meisten Einrichtungen für höhere Bildung eingeführt. Fortlaufend wird für eine Gleichstellung von Frauen und Männern im Bereich Arbeit und Politik gekämpft. Die Anzahl von Gerichtsverfahren auf Grund von geschlechtsspezifischer Diskriminierung wächst. So wurde zum Beispiel in der Knesset ein Komitee zur Verbesserung des Status von Frauen eingerichtet. Zudem wurde auf Grund des Falles der Kampfpilotin Alice Miller, den IWN beim Obersten Gerichtshof einreichte, nicht nur in der Luftwaffe, sondern auch in vielen anderen Bereichen des israelischen Militärs Positionen für Frauen zugänglich gemacht.

Gleichzeitig belegen alle zwei Jahre von IWN erstellte Statistiken immer wieder die fortlaufende Diskriminierung von Frauen in verschiedenen Lebensbereichen. Daher bemüht sich die Konrad-Adenauer-Stiftung Jerusalem, aufbauend auf den bisherigen Erfolgen, auch weiterhin um eine aktive Zusammenarbeit mit JAZ und IWN.

*Text: Dr. Lars Hänsel, Catherine Hirschwitz*

*Kontakt: KAS-Auslandsbüro Israel*

*Auslandsmitarbeiter: Dr. Lars Hänsel*

*office@kasisrael.org*

## 2.9. KOLUMBIEN

### Ausgangsbedingungen

Kolumbien zählt derzeit 42,6 Millionen Einwohner und ist damit nach Brasilien das Land mit der zweitgrößten Bevölkerung Südamerikas. Die regionalen Unterschiede sind sehr groß. Unter dem fast 50 Jahre dauernden Binnenkonflikt leidet besonders die arme Landbevölkerung, während sich einige der großen Städte im Schutze einer verbesserten Sicherheitslage beachtlich entwickelt haben. Dennoch leben laut Weltbank insgesamt 49 Prozent der Kolumbianer in Armut.

Trotz des Konflikts zwischen dem Staat auf der einen Seite und bewaffneten illegalen Gruppen auf der anderen hat sich die Wirtschaft Kolumbiens in den vergangenen Jahren sehr robust entwickelt mit Wachstumsraten um 6,5 Prozent. Die kolumbianische Wirtschaft ist stark exportorientiert. Der mit 57 Prozent größte Anteil des Bruttoinlandprodukts wird mittlerweile durch Dienstleistungen erwirtschaftet.

In der Parteipolitik dominieren traditionsgemäß die Männer. Frauen sind zwar durchaus in der Politik sichtbar, auch in höheren Ämtern, allerdings insgesamt immer noch unterrepräsentiert. Während sie

51 Prozent der Gesamtbevölkerung und ein weiteres Prozent mehr der Wahlberechtigten ausmachen, stellen sie nur zwölf Prozent der Senatoren und nur elf Prozent der Kongress-Abgeordneten. 2007 traten allein 14 Frauen als Kandidaten für die Gouverneursposten des Landes an. Dem standen 147 Männer gegenüber. Eine einzige Kandidatin konnte sich in der Region Córdoba durchsetzen. Die Präsenz der Frauen im Senat hat sich deutlich verbessert. Hatte vor der neuen Verfassung von 1991 noch keine einzige Frau dem Senat angehört, wurden für die Wahlperiode 2006-2010 zwölf Senatorinnen gewählt.

Die Skepsis gegenüber einer aktiveren weiblichen Beteiligung an der Politik resultiert auch aus dem Erbe der *Nationalen Front* (1958-1974), in der Regierungen aus Liberalen und Konservativen die Macht unter sich aufteilten. Dieses Arrangement sollte dazu dienen, die Militärregierung und die teils gewaltsame Polarisierung im Land in ein liberales und konservatives Parteilager zu überwinden. Aus dem Regierungsmodell resultierte jedoch ein zunehmender Ausschluss politischer Akteure, die nicht an den klientelistischen Praktiken des Parteienklüngels teilnahmen. Bis heute belastet diese Vergangenheit die politische Kultur Kolumbiens, auch wenn die Verfassung von 1991 das politische System für neue Kräfte geöffnet und den Geist einer partizipativen Demokratie begründet hat.

Mit dem Anliegen eines sozialen und ökonomischen Gleichgewichtes fördert die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien Maßnahmen, welche die Stärkung der demokratischen Kultur und des bürgerlichen Engagements fördern. Die KAS sieht die politische Partizipation der kolumbianischen Frauen als Voraussetzung für deren gesellschaftliche Gleichberechtigung insgesamt.

### Projektbeispiel

Zwar ist Frauenförderung in Kolumbien kein explizierter Schwerpunkt der Projektarbeit der KAS. Dennoch gibt es im Kontext der Demokratieförderung konkrete Ansätze. Im Jahr 2007 beispielsweise arbeitete die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien mit den einheimischen NGOs *Acción Ciudadana Colombia* und *Movimiento Conciencia Colombia* zusammen. In diesem Jahr, als Regional- und Gemeindewahlen stattfanden, organisierte die KAS gemeinsam mit den genannten Partnern im Bereich Politische Bildung und Demokratieförderung eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel *Más Mujeres, más democracia* („Mehr Frauen, mehr Demokratie“), um Frauen zu einer Kandidatur im Stadtrat oder als Bürgermeisterinnen zu ermutigen. Mit den Partnern wurden Strategien entwickelt, um in akademischen, öffentlichen und privaten Sektoren